

2) Landesentwicklung programmatisch betreiben

				
<p>Der neue LEP Hessen, für den in diesem Jahr der Weg freigemacht wurde, ist ein wichtiger Faktor für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Er eröffnet ausdrücklich Entwicklungsmöglichkeiten für alle Regionen in Hessen und knüpft damit an die Strategie der CDU-geführten Landesregierung an, neben dem Ballungsraum auch die ländlichen Räume durch Infrastruktur und Siedlungsflächen zu stärken und zu entwickeln. Wenn es gelingt, dort gleichermaßen gute Arbeitsplätze mit dem vorhandenen preiswerten Wohnraum besser zu verbinden oder die Verkehrsanbindung in die Ballungsräume attraktiver zu gestalten, so dass Menschen weiterhin in ihren vertrauten Städten und Gemeinden leben können, wird auch der Ballungsraum entlastet.</p> <p>Wir haben dabei die kommunale Gestaltungsfreiheit und Selbstverwaltung gestärkt. Was die Städte und Gemeinden in Hessen vor Ort besser entscheiden können,</p>	<p>Die Landesregierung versagt bei ihrer Aufgabe, die Regionen in Hessen über den Landesentwicklungsplan zu stärken. Wir werden den Landesentwicklungsplan grundlegend überarbeiten, um gerade den ländlichen Raum zu stärken. Grundlegende Regelungen wie das Prinzip der zentralen Orte im Landesentwicklungsplan werden wir überprüfen. Für regionale Entwicklung wollen wir klare Verantwortlichkeiten in der Landespolitik schaffen. Wir wollen einen Mr. oder eine Mrs. „Ländlicher Raum“ installieren, um gebündelt Ansprechpartner für Akteure vor Ort sein zu können. Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium bündeln und im Namen verankern. Regionalentwicklung darf kein Randthema sein. In enger Abstimmung mit den Verantwortlichen vor Ort werden wir dezentrale, regionale, landkreisübergreifende Entwicklungspläne</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen in der Landesentwicklungsplanung mehr Freiraum für Entwicklung, für Wachstum und Dynamik gerade ländlicher Regionen ermöglichen. Leider hat die Landesregierung von CDU und Grünen die Novelle des Landesentwicklungsplanes (LEP) nicht genutzt, um den aus dem Jahr 2000 stammenden LEP durch einen grundlegend neu erarbeiteten Plan mit zukunftsweisenden Grundsätzen zu ersetzen. Deshalb treten wir dafür ein, gemeinsam mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, eine programmatische Debatte über die zukünftige Landesentwicklung anzustoßen. So wollen wir statt eines starren Planungsrasters mehr Flexibilität, um den speziellen Bedürfnissen der Ballungsräume zu entsprechen und andererseits Perspektiven für ländliche Regionen zu eröffnen. Angesichts des großen Bedarfs an Wohnraum ist es sinnvoll bei der Ausweisung von Flächen</p>	<p>Das durch uns im Landesentwicklungsplan verankerte Ziel zur Flächenreduktion von 2,5 Hektar ist nur ein Zwischenschritt. Unser langfristiges Ziel ist Netto-Null beim Flächenverbrauch, dem wir uns sukzessive annähern wollen. Deshalb wollen wir uns in der Landes- und Regionalplanung für eine weitere Reduzierung des Flächenverbrauchs einsetzen. Außerdem wollen wir Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und ihnen zudem Anreize für Verbesserungen des innerstädtischen Klimas und des Baumbestands geben. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen Schaffung von Wohnraum in Ballungsgebieten zu halten gilt. Hier sind kluge Lösungen gefragt, die auch die Aufstockung von Gebäuden und Wiedernutzung brachliegender Flächen und gleichzeitig den Erhalt von innerstädtischen Erholungs- und Grünflächen in</p>	<p>Die Probleme des Ballungsraums und des ländlichen Raums bedingen einander zu großen Teilen. Der fehlende Wohnraum in den Städten entspricht der Überalterung der Dörfer. Eine kluge Landesentwicklung muss daher Konzepte für die Entwicklung aller Regionen haben.</p> <p>Statt der Fortschreibung des LEP 2000 muss ein grundlegend überarbeiteter Landesentwicklungsplan die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Blick nehmen: Wohnraum, Klimawandel, Energiewende bei gleichzeitigem Netto-Stopp der Flächenversiegelung.</p> <p>Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche</p>

<p>muss auch weiterhin dort entschieden werden. Der LEP gibt daher nur einen Rahmen für die Entwicklung des Landes vor und vermeidet übertriebene Detailsteuerung. Die konkrete Ausgestaltung und Ausweisung von Wachstums- aber auch Schutzflächen bleibt daher richtigerweise den Regionalversammlungen vorbehalten.</p> <p>Mit der Fortschreibung wird es in Gebieten mit hohem Wohnungsdruck im Einzelfall möglich sein, durch Umwandlungen mehr Wohnraum zu schaffen. Die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden hat hierbei Vorrang vor der Außenentwicklung, d. h. vor der Festlegung zusätzlicher Siedlungsflächen im Außenbereich sind vorrangig die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten im Innenbereich zu prüfen und zu nutzen. Damit können wir einen Beitrag zum Erhalt attraktiver Ortskerne und einen nachhaltigen Umgang mit Freiflächen leisten.</p> <p>Der durchschnittliche Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Hessen, wie er bereits im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie 2013 des Landes Hessen beschlossen wurde, wird als Grundsatz auf 2,5 Hektar pro Tag festgesetzt. Dabei handelt es sich um eine atmende und an die</p>	<p>erarbeiten, wie wir es bisher nur im Rahmen der Regionen im LEADER-Programm praktizieren. Mittelzentren sollen gestärkt werden, um die Infrastruktur, mit der sie umliegende Ortschaften versorgen, abzusichern. Regionale Entwicklung wird so im Verbund gefördert.</p> <p>Perspektiven für regionale Entwicklung und Ansätze gegen den Wegzug der Jüngeren hängen wesentlich von der Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Zentral ist hier der Mittelstand. In Hessen befinden sich viele mittelständische Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Bereich zur Weltspitze gehören. Zur Förderung des Mittelstands wollen wir daher regionale Netzwerke und die Kooperation mit regional wirkenden Wissensträgern wie Fachhochschulen stärken. Wissens- und Forschungseinrichtungen wollen wir unterstützen, regionale Ausgliederungen zu schaffen, um die Präsenz in der Fläche zu erhöhen. Wir werden Strategien zum Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum entwickeln. Für kleine und mittlere Unternehmen sind Forschungsförderung und Förderung des Nachwuchses auf akademischer Ebene und auf der Ebene der dualen Ausbildung</p>	<p>beispielsweise in Frankfurt und dem Ballungsraum andere Kriterien anzulegen, als auf dem Land. Auch die Frage der Mobilität und der verkehrlichen Erschließung stellt sich im Rhein-Main-Gebiet anders dar, als etwa in der Hohen Rhön. Von entscheidender Bedeutung für ganz Hessen ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Glasfaser muss in ganz Hessen selbstverständlich sein. Funklöcher sollten endlich der Vergangenheit gehören. Damit würden auch ländliche Gemeinden als Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz gestärkt. Das hat auch Konsequenzen für die Planung von Wegen und Infrastrukturanlagen. Das sogenannte Zentrale-Orte-System verfestigt strukturelle Nachteile der ländlichen Gemeinden, weil es wirtschaftliche Entwicklung und die Ausweisung von Wohnflächen begrenzt. Nur wenn die ländlichen Regionen in einen echten Wettbewerb um attraktive Arbeitsplätze, schulische Bildung usw. treten können, werden sie sich auch positiv entwickeln können. Deshalb ist es richtig, entlang von Autobahnen und Bundesstraßen mehr gewerbliche Ansiedlungen zu ermöglichen. Auch der Ausbau der Straßen und des ÖPNVs ist für</p>	<p>den Blick nehmen. Im ländlichen Raum wollen wir dagegen dem innerörtlichen Leerstand mit gezielten Programmen entgegenwirken. Die Idee des Handels mit Flächenzertifikaten begleiten wir positiv und prüfen die Umsetzungsmöglichkeiten auf Landesebene. Kooperation und dezentrale Konzentration, worauf das Zentrale-Orte-Konzept (ZOK) im Landesentwicklungsplan zielt, werden angesichts des Strukturwandels gerade für den ländlichen Raum in Zukunft überlebenswichtig sein. Viele Aufgaben wie Müllentsorgung, Energieversorgung oder Personennahverkehr können in interkommunaler Zusammenarbeit besser erfüllt werden. Überprüft werden muss, ob und wie das ZOK als Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge in Zukunft fungieren kann. Daher wurde es aus der Modernisierung des LEP 2025 herausgelöst und soll Bestandteil des zu erarbeitenden LEP 2030 sein. Dies wollen wir in der nächsten Legislaturperiode angehen.</p>	<p>Regionen. Während der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen bürgerinnen- und bürgernah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen Betrieben gefördert und der Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote erhalten bleiben.</p>
--	--	---	--	--

<p>Entwicklung angleichbare Vorgabe. Durch agrarische Vorzugsräume schützen wir zudem wertvolle Bodenflächen für die Landwirtschaft. Die konkrete Festlegung solcher Flächen bleibt aber ebenfalls Aufgabe der jeweiligen Regionalversammlungen. Neu ist hingegen die Aufnahme einer Abstandsfläche von 400 m zu Stromtrassen.</p> <p>Die Frage der Einordnung von Städten und Gemeinden in den ländlichen oder in den verdichteten beziehungsweise hochverdichteten Raum, wie er vor allem in Südhessen vorkommt, ist für die Finanzausstattung der Gemeinden über den Kommunalen Finanzausgleich durch dessen Reform von noch größerer Bedeutung geworden. Gleiches gilt für die Frage, ob eine Stadt oder Gemeinde ein Mittelzentrum ist, etwa weil eine umfassende Facharztversorgung besteht oder großflächige Einzelhandels-einrichtungen vorhanden sind. Da diese Einordnungen für die Finanzen und Entwicklungsmöglichkeiten von großer Bedeutung sind, wurde dieses Thema richtigerweise aus der Änderung des LEP Hessen herausgenommen und eine Expertengruppe konstituiert, deren Aufgabe die Entwicklung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung dieser Struktur ist. Dieser</p>	<p>essenziell. So geben wir Impulse für Wachstum, das gute Arbeit schafft sowie sichert und den Regionen zugutekommt. Hessens starke Regionen mit ihren erfolgreichen Unternehmen in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft sollen stark bleiben, deshalb werden wir uns für einen Branchendialog einsetzen, um gemeinsam auf Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren. Wir wollen ein Gesprächsformat als Dialog zwischen der Landesregierung, Arbeitgeberverbänden sowie den Gewerkschaften und Betriebsräten einrichten. Dieses muss in den einzelnen Regionen unseres Landes organisiert werden. Über regelmäßige Strukturberichte sind Handlungsbedarfe aufzuzeigen und konkrete Handlungsschritte im Sinne der Beschäftigten einzuleiten. Wir wollen echte, integrierte Regionalentwicklung in allen Teilen unseres Landes. Dazu brauchen die regionalen Akteure die tatkräftige Unterstützung durch das Land.</p>	<p>die Attraktivität des ländlichen Raumes von wesentlicher Bedeutung. Dann wird es auch gelingen etwa junge Familie für ländliche Regionen zu gewinnen.</p>		
---	--	--	--	--

<p>Bericht wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorliegen und eine wichtige Grundlage für unsere Politik im Bereich der Landesentwicklung in der nächsten Legislaturperiode sein. Hessens Regionen sind geprägt durch regionale Vielfalt mit ganz unterschiedlichen Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Das Ziel der CDU Hessen ist und bleibt, möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und Chancen für alle Menschen in Hessen zu erhalten.</p>				
--	--	--	--	--